



Ein Vortrag im AJZ Bielefeld

1. FAU, die ersten 30 Jahre
2. Direkte Aktion
3. Geschichte des Anarchosyndikalismus

1. FAU, die ersten 30 Jahre

1. Einleitung

Vor gut 30 Jahren, im Februar 1977, gründeten Genossinnen und Genossen die Freie Arbeiter/-innen Union (FAU) auf einem Kongress in Köln. Ich kam vor ungefähr 20 Jahren in Kontakt mit der FAU. Ich war es leid, mich immer an Themen abzuarbeiten, die mir von Politfürsten und Medien aufgezwängt wurden. Sei es wie im Frühjahr 2007 der G8-Gipfel, seien es Nato-Kongresse und -Kriegspolitik usw. Ich suchte eine Form der Politik, die meinen Alltag miteinbezieht, sogar zum Ausgangspunkt politischen Handelns macht: Politik ist da, wo ich arbeite, wo ich wohne, einkaufe, Sport etc. mache. Eine Form verlässlichen politischen Handelns, in der ich mich als ganzer Mensch aufgehoben und wahrgenommen fühle. Im Mai 1990 organisierte ich zusammen mit einem Osnabrücker Kollegen sowie Genossen/-innen der FAU Hamburg und Hannover eine Veranstaltung in Bielefeld: Was treibt die FAU? Dies war die Geburtsstunde der FAU BI.

Aber ich will heute Abend nicht über mich, meine Höhen und Tiefen in der FAU sprechen, sondern versuchen, ein wenig das gesamte Projekt FAU zu skizzieren, so wie ich es nachgelesen und teilweise selbst erlebt habe.

Vorweg kurz etwas über die **Strukturen der FAU** – auch auf wikipedia.de nachzulesen: Die FAU besteht momentan (2007) aus knapp 40 Ortsgruppen, Lokalföderationen oder Syndikaten mit insgesamt etwa 300 Mitgliedern, zumeist Männern. Da wir uns basisdemokratisch organisieren, liegt die Entscheidungsbefugnis innerhalb der FAU bei den einzelnen Ortsgruppen, Lokalföderationen oder Syndikaten – die Regionalföderationen (z.Zt. gibt es vier Regionalföderationen: Nord, Ost, West, Süd) und die nationale Föderation existieren vor allem, um gemeinsame Projekte oder Kampagnen der lokalen Gruppen zu koordinieren und internationale Solidarität herzustellen und Kontakte zu pflegen. Darüber hinaus ist die FAU Mitglied in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA). Wir sind nicht gegen Organisation und verbindliche Strukturen und Regeln. ABER: Diese bestimmen und verändern wir selbst! Wir lehnen hierarchische Organisation wie den DGB und Parteien sowie deren Prinzip der "Stellvertreter-Politik" zur Durchsetzung unserer Ziele ab.

2. Gründerzeit

Begonnen hat alles im Februar 1977 auf dem Kongress der Initiative zur Gründung der FAU (I-FAU). In Köln trafen sich ca. 40 Genossen/innen aus 8 Gruppen, darunter eine der

span. CNT. Die Genossen/innen, die den Kongress 1977 organisierten, wollten „ die Desorganisation, Vereinzelnung und Perspektivlosigkeit der kleinen Gruppen und Individuen überwinden.“ Die FAU sollte eine **gewerkschaftliche Kampforganisation** sein, die **gegen den DGB und seine Politik der Sozialpartnerschaft** und **für die Autonomie der (Orts-)Gruppen** steht.

Von der FAUD oder FFS (der 50 Jahre) nahm niemand am Kongress der I-FAU 1977 teil. So kann mit Recht gesagt werden, dass die FAU ein „Kind“ der span. CNT war. Sie stand nicht in der Tradition des organisierten Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. (Hinweis auf RB, part3!) Über die FAUD gab es wenig Infos und Materialien. Einer der Schwerpunkte der FAUistas wurde folgerichtig, „die verschüttete Tradition der libertären ArbeiterInnenbewegung in Deutschland freizulegen.“

Nach der Euphorie der Gründerzeit kamen die internen Auseinandersetzungen über die Fragen der inhaltlichen Ausrichtung und Perspektiven, die die FAU bis Anfang der 90er Jahre immer wieder beschäftigen sollte:

- Soll die FAU eine **Ideengemeinschaft** zur Propagierung unterschiedlicher Positionen sein?
- Soll sie ein **Sammelbecken** libertärer Strömungen, eine Art anarchistischer Föderation
- Soll sie den **Schwerpunkt auf die betriebliche Arbeit** legen und sich stark den DGB-Gewerkschaften angleichen?

Wonach niemand fragte, war: Sind solche Fragen überhaupt geeignet einer Organisation weiter zu helfen, sich zu vergrößern, attraktiver und politisch aktiver zu werden? Oder verhalfen sie wieder zu Zersplitterung und Vereinzelnung ? Leider wurde die Diskussion nicht als Chance begriffen, unterschiedliche Ansatzpunkte zu kommunizieren und damit weiterzuentwickeln, sondern Machtkämpfe und faktische Spaltung von OGs fanden statt. Dies hatte zur Folge, dass Mitglieder austraten und OGs eingingen. Tiefpunkt war die Existenz von nur noch 6 OGs.

3.Internationale Solidarität: Die 80er Jahre

Attraktiv wird eine Organisation durch das, was sie macht, durch politische Aktionen. In den 80er Jahren sind hier zwei Aktionen von internationaler Solidarität hervorzuheben, die beispielhaft für die Situation und die Möglichkeiten der FAU waren.

In Großbritannien streikten Mitte der 80er Jahre Bergarbeiter gegen Privatisierung der Zechen. Viele linke Gruppen incl. der FAU sammelten Geld, Sachspenden (Kleidung, Spielzeug ...) und organisierten Soli-Veranstaltungen zur Unterstützung der Streikenden und ihrer Familien. Eine herausragende Aktion war die Organisation von Feriencamps in der Eifel für die Kinder der Streikenden. Bezeichnenderweise lehnte die IG Bergbau eine Unterstützung ab, die sog. „sozialistischen“ Staaten, allen voran die Sowjetunion und China, lieferten riesige Mengen Kohle nach GB, Streikbrecher-Kohle! Es lebe die nationale Solidarität!

Die 2.Kampagne war die Solidarität mit streikenden Arbeiterinnen in einer Lampenschirm- und Keramikfabrik in Schottland, die als Zulieferer für die Edelladen-Kette „LauraAshley“ fungierte. Die Proteste entwickelten zunächst einen enormen Druck auf das Unternehmen. Proteste vor den Filialen von LA in vielen Städten Europas, den USA und sogar Australien schwächten die Kaufbereitschaft der reichen Kundinnen. Die Unternehmensführung sah sich gezwungen, den Streikenden ein Angebot zu machen.

Die FAU hatte in den 80er Jahren erfolgreich Werbung für sich gemacht, indem sie in einem Bereich politisch aktiv war, dem sich andere linke Gruppen und der DGB versagten, der **internationalen Solidaritätsarbeit**, vergleichbar mit der von „Eine-

WElt"-Gruppen oder AI.

Die Zahl der Mitglieder und Gruppen nahm wieder zu, es traten auch vermehrt Frauen der FAU bei. 1985 gab es ein erstes bundesweites Treffen von Anarcha-Syndikalistinnen. Auf dem Kongress 1988 wurde die FAU dann in Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union umbenannt!

Eigene gewerkschaftliche Aktionen, gar Streiks oder Besetzungen kamen noch nicht zustande. Dies änderte sich erst in den 90er Jahren.

4.Wandel der Perspektive: Kämpfe, wo du stehst!

Aufwind bekam die FAU aus dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und dem Verschwinden der DDR. Vorangegangen waren viele Streiks in DDR-Betrieben, die von Basis-Initiativen organisiert wurden. Dies führte noch zu DDR-Zeiten zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften und 1990 auch der FAU-DDR. Diese FAU-Gruppen schlossen sich 1991 der FAU (West) an.

Die Kongresse der frühen 90er Jahre waren der unfruchtbaren Auseinandersetzung geschuldet:

- Ist die betriebliche Arbeit ausschließlicher Fixpunkt der FAU-Strategie oder
- Gibt es in der FAU eine gesamtgesellschaftliche Orientierung, die die Geschlechterfrage ausdrücklich miteinbezieht?

Es kam zum endgültigen Wandel der Perspektive: Nicht der Betrieb ist der einzige Ort des Klassenkampfes, sondern „jede/r sollte an dem Ort ansetzen, an dem sie oder er sich gerade befindet“, z.B. als Arbeiter/in, Angestellte/r, Hausfrau/mann, Jobber/in, Erwerbslose/r, Studierende,/r Schüler/in, Person mit Handicap („Krüppel“), ... Mitte der 90er kam es zur 1.Gründungswelle von Syndikaten, zumeist in den Bereichen Biokost/Landwirtschaft, Bau, Pflege/Gesundheit und Bildung. Den Syndikaten war oft aber nur eine kurze Lebensdauer beschieden.

Eine bzw. die beispielhafte Kampagne der 90er Jahre war die gegen die Ausbeutung von Kaffee-Arbeitern in Mexiko, die dem Öko-Esoterischen Konzern „Lebensbaum“ angeschlossen waren. Aktionen vor Ort, vor den Filialen von Lebensbaum, Zusammenarbeit mit „Eine-Welt-Gruppen“ und die praktische internationale Solidarität zeigten wieder einen Baustein erfolgreicher FAU-Arbeit. Aus dieser Kampagne ging die FAU gestärkt hervor. FAUistas gründeten ihre **Gewerkschaft „Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie“ (GNLL)** und die Hamburger Kooperative **„Café Libertad“**, die ökologisch hergestellte und fair gehandelte Waren vertreibt. Hier bringen die FAUistas der Kooperative politische Informationen und Ideen (Streikkaffee) sowie praktische internationale Solidarität zusammen.

5.Kontrollierte Offensive

Mit Beginn des neuen Millenniums wurden die FAU-Gruppen zunehmend offensiver. Gegen die Ankündigung der HartzIV-Gesetze haben FAU-Gruppen auf verschiedene Art und Weise protestiert. Die FAU rief erfolgreich zu einem großen schwarz-roten Block auf der Berliner Anti-HartzIV-Demo am 1.11. 2004 auf. Anfang 2005 waren Aktivist/-innen der FAU Teil der „Aktion Agenturschluss“, die sich in Form von Versammlungen, Blockaden und Besetzungen von Arbeitsagenturen und anderen Einrichtungen (z.B. ein Autohändler) gegen die HartzIV-Gesetze wandte. Viele FAU-Gruppen organisieren Sozial- und Arbeitsrechtsberatungen, begleiten Frauen und Männer bei ihren Ämtergängen, protestieren gegen die zunehmende Praxis, Arbeitslose ohne Lohn schufteten zu lassen („Praktikum“, 1€-Job...). Auch dies verstehen wir als Teil gewerkschaftlicher Arbeit.

Obwohl es schon 1998 zur Gründung der Föderation der Bildungssyndikate kam, zu der sich 80 Vertreter/innen aus 8 Städten zusammen schlossen, kam der effektive Run auf die Gründung von Syndikaten in anderen Bereichen erst in diesem Jahrhundert. Auf dem letzten Bundeskongress konnten etliche Ortsgruppen, Lokalföderationen und Syndikate

über ihre gewerkschaftliche Arbeit berichtet: Vorrangig ist der Ausbau der Strukturen, d.h. die **Gründung und Etablierung von Syndikaten**. Es gibt heute:

- Gesundheitssyndikate (GSY),
- Bildungssyndikate (BSY),
- Kultursyndikate KSY)
- Erwerbslosensyndikate (ELSY) und
- IT-Syndikate.

Wer sich keinem Syndikat zuordnet, warum auch immer, kann sich dann im Allgemein Syndikat (ASY) wiederfinden. Dies entspricht bei uns in BI der Ortsgruppe. Die Syndikate können sich, entsprechend der FAU-Struktur, wieder in Lokal-, Regional und Bundesföderationen (vgl. Föderation der Bildungssyndikate) zusammenschließen.

Die gewerkschaftlichen Themen waren im letzten Jahr:

Tariffähigkeit: Die LF-Hannover berichtete über verschieden Aktivitäten diesbezüglich an der Uni Hannover, bei VW und zwei Kliniken. Bis jetzt waren wir in der FAU noch nicht in die Ver- oder Gelegenheit gekommen, über Tarife, sprich über Lohn, Urlaubs- oder Krankenregelungen mit Unternehmern zu verhandeln. Aber es wird durch die Beteiligung von FAU-Genossen /-innen an Streiks und betrieblichen Kämpfen immer näher, uns dazu Gedanken zu machen. In der spanischen CNT gibt es Betriebsgruppen, die Sondertarife für ihre Mitglieder aushandeln – dies entspricht ganz unserem Grundsatz, dass wir für uns selbst handeln, Stellvertreter-Politik und Gewerkschaftsfürsten ablehnen.

Eng hiermit ist die **Streikfähigkeit** verbunden: Streik ist immer ein hervorragendes Kampf- und Bildungsmittel der Arbeiter/-innen gewesen: Ich lerne, dass ich nicht der Willkür und Macht des Unternehmen ausgeliefert bin, ich erfahre viel über betriebliche Abläufe und lerne, was es heißt Solidarität zu üben bzw. zu bekommen. In Bremen streikten 2001 Angestellte der „Lebenshilfe“, eines bundesweit operierenden Sozialunternehmens, gegen die Verschlechterung ihrer Tarifbedingungen und Löhne. Es kam zu Soli-Aktionen vor vielen Filialen der „Lebenshilfe“ in anderen Städten. Oft herrscht erst mal Unsicherheit darüber: Darf ich überhaupt streiken? Woher bekomme ich Informationen darüber? Bin ich nicht sofort meinen Job los? Woher bekomme ich mein Streikgeld usw.

Streik heißt auch immer, sich mit Kolleginnen und Kollegen auseinander zu setzen, zu diskutieren und gemeinsam, kollektiv und nicht allein zu handeln. Den dann bist du schneller draußen, als du piep sagen kannst! Streikfähigkeit ist m.E. Keine rechtliche Frage, sondern eine der politischen Stärke und der (auch internationalen) Solidarität!

Die Fähigkeit zu sozialer Hilfe und Solidarität: Zu letzterem habe ich schon etwas gesagt, zum ersten ist oft die international Hilfe leichter, als Initiativen vor Ort zu unterstützen: Unsere italienische Schwestergewerkschaft USI unterstützt Gesundheitsprojekte in Chiapas. Hier beteiligt sich auch die FAU mit einer Geldspende jährlich. Außerdem unterstützen wir weltweit Streiks, Boykotte usw. von IAA-Gruppen, revolutionären Gewerkschaften oder Basisinitiativen, indem wir den Unternehmen oder Staaten Briefe schreiben, Geld für Streikende sammeln oder direkte bei internationalen Konzernen vor ihren deutschen Filialen (z.B. Gate Gourmet in Düsseldorf, bei Caballito, PLUS usw.) demonstrieren.

Praktisch wird die Soli-Arbeit auch dort, wo wir Vorträge über anarcho-syndikalistische Gewerkschaften aus anderen Ländern organisieren, über ihre Arbeit informieren und sie unterstützen. Gerade sie Osteuropa-AG der FAU tat dies in den letzten Jahren immer wieder beispielhaft.

Die FAU ist für uns auch eine Bildungs- und Kulturorganisation:

Wir wollen mit unseren Zeitungen, Texten und Broschüren eine andere Kultur vermitteln:

Die FAU bringt seit 1978 die anarcho-syndikalistische Zeitung „Direkte Aktion“ heraus (als ihrem bundesweiten Organ, erscheint alle zwei Monate), sowie Texte in Buch- und Broschürenform zu aktuellen Themen und zur Geschichte. Zudem verfügen wir mit FAU-Materialien (FAU-MAT) über eine eigene Vertriebsstruktur hierfür. Wir organisieren Auftritte und Konzerte mit anarchistischen Künstlern/-innen oder Bands. Ein Beispiel ist die Tour des libertären Rock-Barden und CNT-F Mitglieds aus Paris, Fred Alpi, im Herbst 2007.

Bildungsarbeit machen wir seit Jahren im Rahmen unserer verschiedenen Veranstaltungsreihen in vielen Städten, in denen wir immer wieder libertäre Projekte und Ideen vorstellten, um sie öffentlich zu machen, zu diskutieren und anderen für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen: Nehmt die Ideen, wälzt sie in euren Hirnen, macht etwas damit, komponiert was neues! Und natürlich feiern wir Partys, schwarze Tage usw. und freuen uns, wenn viele Menschen kommen, ihren Spaß haben und tanzen.

2. Direkte Aktion

Was ist direkte Aktion? Erich Mühsam hat direkte Aktion mit „unmittelbare Selbsthilfe“ übersetzt, womit die beiden wesentlichen Elemente benannt sind:

- Direkte Aktion ist Aktion ohne Vermittler. Sie erfolgt „direkt“, d.h. durch die jeweils Betroffenen selbst, auf deren Verantwortung und Risiko (Selbstvertretung statt Stellvertretung).

- Bei der direkten Aktion besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Ursache und Lösung, Mittel und Ziel. „Wenn Menschen hungern, bittet man nicht seinen Abgeordneten um Hilfe, sondern man gibt ihnen zu essen und nimmt es denen, die genug davon besitzen. Sind die Löhne zu niedrig, hört man auf zu arbeiten, bis der Lohn wieder stimmt, statt seine Gewerkschaftssekretär aufzufordern, mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlungen um einen Manteltarifvertrag zu treten“ (H. Stowasser).

Direkte Aktion heißt also nichts anderes als: man nimmt sein Leben wieder in die eigenen Hände, und zwar dort, wo sich das eigene Leben abspielt, auf der Arbeit, im Alltag, in der Stadt, im Wohnviertel, in den sozialen Beziehungen.

- Ein wichtiger Bestandteil der direkten Aktion ist das psychologische Moment, die Stärkung des Selbstbewusstseins durch Schulung in selbständigem und verantwortlichem Handeln und damit die Förderung von Individualität: „Die direkte Aktion ist die beste Schule der revolutionären Bewegung, sie befreit das Individuum von dem Geiste der Resignation, sie erweckt die Initiative jeder Individualität; sie gewöhnt die Proletarier daran, nur auf sich selbst zu rechnen“ (Marc Pierrot).

Vor allem aber setzt direkte Aktion natürlich den *Willen* voraus, über sich selbst zu bestimmen, und sich nicht damit zufrieden zu geben, dass andere – Politiker, Gewerkschafter, Bürokraten, Experten aller Art – für einen entscheiden, ist also zunächst ein Bruch mit der eigenen Passivität, Bequemlichkeit, Unterwerfung.

Bei direkter Aktion gibt es keinen Gegensatz zwischen „Reform“ und „Revolution“, das eine ist immer schon im anderen enthalten. Wir werden im Alltag immer für bescheidene, „nicht-revolutionäre“ Ziele kämpfen, ob das Lohnerhöhungen oder bessere Arbeitsbedingungen sind, der Erhalt eines Kindergartens, der Kampf gegen den Abriss eines Hauses, gegen Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr, gegen Verschlechterungen im Gesundheitswesen, gegen Studiengebühren usw.

Wichtig ist, *wie* wir dafür kämpfen, denn das macht sozusagen die „revolutionäre Perspektive“ aus: Ob wir bspw. am Arbeitsplatz sagen: wir haben diese und jene Forderung, aber da soll sich der Betriebsrat oder die Gewerkschaft drum kümmern, oder ob wir die Sache selber in die Hand nehmen: durch gegenseitige Absprachen, durch Krankfeiern, Langsamarbeiten, durch Gründung unabhängiger Betriebsgruppen usw. Ob wir einen Streik der Gewerkschaft überlassen oder sagen: alle Entscheidungen werden auf Betriebsversammlungen gefällt, Verhandlungen werden von gewählten Delegierten

mit einem konkreten und bindenden Mandat geführt.

Wir sagen nicht, die Ziele, für die man kämpft, seien völlig unwichtig. Jede noch so minimale Verbesserung, die wir selbst erkämpfen, stärkt nicht nur das Selbstvertrauen, sondern vergrößert auch unseren Handlungsspielraum, weil wir weniger Zeit und Energie darauf ver(sch)wenden müssen, unser unmittelbares Überleben zu sichern und uns um weitergehende Dinge Gedanken machen können.

Jede Direkte Aktion nimmt im Kleinen vorweg, was wir im Großen anstreben, das Ziel ist immer in den Mitteln enthalten:

„Die Direkte Aktion, zu ihrem endgültigen und logischen Ende gedacht, ist die libertäre soziale Revolution: die Übernahme, Neuorganisation, Transformation und Zerstörung (dort, wo sie nicht den menschlichen Zielen dient) der Produktionsmittel (die die materiellen Werkzeuge der Freiheit sind) durch die Arbeiterklasse und die Entwaffnung der Kräfte, die die alte Ordnung beschützen. Wenn wir von einer wahrhaft sozialen Revolution sprechen, kann diese nichts anderes bedeuten, als die kollektive, direkte Aktion der Arbeiterklasse, die in diesem Prozess sich selbst als Klasse aufhebt und damit auch den Staat und die Klassengesellschaft, und uns alle auf diese Weise zu BewohnerInnen einer von uns selbst geschaffenen Welt macht“ (Beyer-Arnesen).

An dieser Stelle ist eine Klarstellung nötig:

Die vor allem im Kontext der Antiglobalisierungsbewegung vorgenommene Bezeichnung aller Arten von außerparlamentarischen Aktionen als direkte Aktion ist falsch.

Demonstrationen, Blockaden, Straßenschlachten, Attacken auf Herrschaftssymbole wie Banken oder Konzernfilialen usw. sind **keine** direkten Aktionen in unserem Verständnis, was natürlich nicht heißt, dass sie deshalb sinnlos wären oder man grundsätzlich von ihnen Abstand nehmen sollte. Es geht nur um eine begriffliche und strategische Unterscheidung.

Die Entglasung einer Bank oder eine McDo-Filiale zielt nicht speziell auf diese Bank oder diesen Fast-Food-Konzern, ihr Geschäftsgebaren, die Art, wie sie mit ihren Angestellten umgeht usw., sondern auf die Banken als solche oder das Kapital oder den Kapitalismus an sich. Steinwürfe auf die Polizei richten sich nicht gegen einzelne Polizisten (die konkret getroffen werden), nicht einmal gegen die Polizei an sich, sondern gegen das staatliche Gewaltmonopol oder den Staat. Die Aktionen zielen nicht auf direkte Veränderung für die Betroffenen, sondern (bestenfalls) auf die Bewusstwerdung der Zuschauer, der (Medien-) Öffentlichkeit. Die angegriffenen Institutionen sollen bloßgestellt, ihre Macht als trügerisch oder illegitim, ihre Ideologie als verlogen entlarvt werden. Beyer-Arnesen spricht deshalb von virtuellen oder medienvermittelten Aktionen.

Noch einmal: Das „Direkte“ an der Direkten Aktion ist nicht nur das Selbsttun, sondern auch der Zusammenhang zwischen Aktion und Ziel. Nur beides zusammen ergibt das, was wir als Direkte Aktion bezeichnen.

- Die direkte Aktion kann vielerlei Erscheinungsformen annehmen: Land- und Hausbesetzung, Gründung von Schulen, Bibliotheken, Wohnprojekten, Totalverweigerung und Desertion, usw. Im anarchosyndikalistischen Verständnis bezieht sich der Begriff vorrangig auf seine ökonomischen Formen wie Streik, Boykott, Sabotage, Betriebsbesetzung u.ä. bis hin zum Generalstreik.

- Keine Aktionsform ist per se eine Form direkter Aktion. Auch ein Streik, wenn er als politischer oder Solidaritätsstreik auftritt, ist eine symbolische Aktion. Bei Besetzungen und Blockaden hängt es davon ab, an welchem Ort und mit welchem Ziel sie stattfinden. Sind es Protestblockaden im Rahmen von Demonstrationen oder Werksblockaden, um Streikbrechern den Zugang zu verweigern usw.

- Direkte Aktion ist kein Dogma, kein ausschließliche, sondern eine angestrebte Aktionsform: „Wenn du rausgeschmissen wirst, kann ein Sitzstreik deinen Job retten. Wenn du aber der einzige bist, der sich hinsetzt, kann es u.U. eine gute Idee sein, zu einem Anwalt oder Gewerkschaftsbürokraten zu gehen“ (Beyer-Arnesen).

Damit soll nur gesagt werden, dass wir bei allem, was wir tun, die notwendige Dosis Pragmatismus brauchen. Besser kleine Schritte tun, aber darauf achten, dass sie immer im Einklang mit unseren allgemeinen Zielen stehen, als nur revolutionäre Phrasen zu dreschen, aber praktisch nicht zustande zu bringen.

3. Geschichte des Anarchosyndikalismus

1. Parteisozialismus, Syndikalismus oder Anarchismus?

Bevor Ende des 19. Jahrhunderts der Zentralisierungsprozess der deutschen Gewerkschaftsbewegung einsetzte, war gewerkschaftlicher Lokalismus durchaus selbstverständlich. Im 19. Jahrhundert vereinigten sich die ArbeiterInnen zu lokalen Berufsorganisationen ohne »durchstrukturierte Führungsinstanzen« (Rübner 1994, S. 24), stattdessen über direkte Delegationsformen und basisdemokratische Entscheidungsfindung mit dem Ziel der genossenschaftlichen Produktion (Erhalt der hergestellten Güter statt Lohnerhalt). Darin liegen (unter anderem) auch die pragmatischen Ansätze des Syndikalismus (Syndikat = Gewerkschaft) mit seinen lokalistischen Organisationsbestrebungen.

Bis dahin jedoch waren viele ArbeiterInnen eher sozialdemokratisch orientiert. 1878 bis 1890 bedrohte das »Sozialistengesetz« jegliche politische Tätigkeit von Arbeitervereinigungen. Dies hatte zur Folge, dass überregionale Kooperationen – da illegalisiert – durch ein Vertrauensleutesystem organisiert werden mussten. Durch diese Organisationsform wurden die lokalen ArbeiterInnen-Organisationen und lokal orientierten Gewerkschaftsteile gestärkt, ihnen fiel eine »entscheidende Funktion für den Fortbestand der informellen Organisationsstruktur der Arbeiterbewegung zu, was nicht unwesentlich zur Stärkung ihrer Selbstständigkeit« gegenüber einer ‚sozialistischen‘ Parteiführung – namentlich der damaligen SPD – beitrug (vgl. Rübner 25). Anfang des 20. Jahrhunderts radikalisierte sich der Streit um den politischen Weg der ArbeiterInnenbewegung(en): Sollte eine sozialistische Gesellschaft über einen zentralistischen (mit einer Partei als politischer Spitze) oder einen gewerkschaftlichen Weg herbeigeführt werden? Die damalige »Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften« (FVdG) war selbst in dieser Frage gespalten. Zwar hätten – so vertrat z.B. Arnold Roller eine typisch syndikalistische Position – »die Gewerkschaften ... die Aufgabe, in der Zukunft die Produktion zu übernehmen« und sie seien daher »das Embryo der Produktion und Neuorganisation nach Beseitigung des Kapitalismus« (Roller in Rübner 29), aber sozialrevolutionäre Tendenzen blieben in der Minderheitenposition (Rübner 30), und auch der lokalistische Ansatz wurde von SPD-nahen Mitgliedern der FVdG nicht geteilt. Eine lokalistisch-revolutionäre Ausrichtung fand sich hingegen beim organisierten Anarchismus, bei der »Anarchistische(n) Föderation Deutschlands« (AFD). Beide Organisationen, die FVdG und die AFD, grob sinnbildlich für Syndikalismus und Anarchismus, konnten sich aufgrund »beiderseitiger Meinungsverschiedenheiten in Grundsatzfragen« (Rübner 30) nicht zusammenschließen, beide Organisationen beharrten überdies auf einer Politik der organisatorischen Selbstständigkeit. Nur eine Minderheit der Arbeiterschaft verband die Idee der gewerkschaftlichen Organisationsform mit der Idee lokaler Selbstorganisation und sozialrevolutionären Zielen. Dabei hatte sich eine solche Verquickung als zweckmäßig erwiesen in Zeiten staatlicher Repression, weil lokale und dezentrale Organisationsformen der Arbeiterschaft von einer Regierung schwerer zu handhaben und zu kontrollieren sind als eine zentralistische Führung mit ihren von oben nach unten zunehmenden Abhängigkeiten. Solche Abhängigkeiten lassen sich kaum prägnanter ausdrücken als in einer Formulierung des Bielefelder Kommunisten Wilhelm Gertz im Rückblick auf die nationalsozialistische Machtergreifung: »Wir waren bereit zum bewaffneten Widerstand. Wir warteten auf eine Anweisung der Partei. Sie kam nicht. So blieben wir zu Haus«¹.

2. Anarchosyndikalismus

¹ mündlich gegenüber dem Verfasser

Die gegen das Kaisertum und den staatlichen Autoritarismus gerichtete Revolution von 1918 sorgte in ihren rätesozialistischen Ansätzen jedoch für einen Aufschwung syndikalistischer und lokalistisch-dezentralistischer Ideen. Im Dezember 1919 und unter Mitwirkung von Rudolf Rocker gründete sich die FAUD(S), die »Freie Arbeiter-Union« mit anarchosyndikalistischer Zielsetzung. Ziel war ein (an der politischen Philosophie Peter Kropotkins angelehnter) Anarchokommunismus, der eine Selbstorganisation der Arbeiterschaft wie auch der Bevölkerung in dezentral organisierten Förderationen vorsah. Der Anarchokommunismus lehnt jegliche Regierung als illegitim ab und sieht im Gegensatz zum Marxismus (dessen »Diktatur des Proletariats« sowohl als Ökonomiezentrismus wie auch als Herrschaftsform massiv abgelehnt wurde) die Selbstbestimmung aller Einzelnen und Kollektive vor, die sich durch freie Vereinbarung kooperieren und deren Produktion in Güterverteilung mündet (d.i. Abschaffung der Geldwirtschaft, Ausrichtung an Bedürfnisproduktion). Eine anarchistische Gewerkschaft war ins Leben gerufen worden mit über einhunderttausend Mitgliedern (Rübner 36). Viele Mitglieder waren geleitet von der Vorstellung, dass in der nachrevolutionären (nichtstaatlichen) Gesellschaft den 'syndikalistischen Gewerkschaften' die Rolle zufiele, die Ökonomie zu organisieren und zwar über ArbeiterInnen-Räte, die von den jeweiligen Belegschaften der Betriebe selbst bestimmt werden. Dieses Rätssystem tritt dabei - im Unterschied z.B. zu marxistischen Positionen - über den ökonomischen Rahmen nicht hinaus, es verkörpert die Selbstbestimmung der ArbeiterInnenschaft. Der föderative Aufbau der Gewerkschaft(en) sollte die Basis für eine breitflächige Existenzsicherung der Gesellschaft bilden und die sozialen Funktionen des Staates ersetzen.

Das Hauptprinzip des Anarchosyndikalismus ist der »Gedanke des freiwilligen gleichberechtigten Zusammenschlusses«: Der Föderalismus im Sinne von ArbeiterInnen- und Kommunenassoziationen. Diese Idee beinhaltet im Umkehrschluss die völlige Ablehnung zentralistischer (und somit auch staatlicher) Gesellschaftsorganisationen (Klan/Nelles 1986, S. 29) und strebt einen »herrschaftslose(n) Sozialismus« an (R. Rocker in Klan/Nelles, 30). Die Vorstellung eines sozialistischen Staatsmodells wird somit zurückgewiesen. Zur Regelung überregionaler Belange werden im Rahmen der angestrebten dezentralistischen Organisationsform überlokale Informationsstellen gebildet, die jedoch keine Entscheidungsmacht auf sich vereinigen sollen und rotieren. Diese Organisationsidee wurde zur Zeit der Weimarer Republik praktiziert:

»Ausgehend vom lokalen Zusammenschluss der Arbeiter der jeweiligen Berufsbranche ("Industrieföderationen") bildeten sich auf örtlicher Kreis-, Bezirks- und Provinzebene sogenannte "Arbeiterbörsen", lockere Verbindungen der autonomen Föderationen. Diese besaßen keine Leitungen mit Weisungsrecht nach unten, sondern lediglich sogenannte "Informationsstellen" zum Zweck der Koordination, des Meinungs- und Informationsaustausches. Das galt ebenso für den Zusammenschluss der Arbeiterbörsen bis zur nationalen und internationalen Ebene. So hatte etwa die von der Reichskonferenz gewählte "Geschäftscommission" in Berlin bis zur nächsten Konferenz lediglich informierenden und beratenden Charakter, und die Bezirksinformationsstellen wechselten aus Prinzip immer zu anderen Arbeiterbörsen, um längerdauernde Informationsmonopole und Machtbildung zu verhindern« (Klan/Nelles 31).

Bei dieser Organisationsform ging man vom anarcho-gewerkschaftlichen Standpunkt aus: Aus den anarchosyndikalistischen Gewerkschaften sollte sich eine neue ökonomische - basissozialistische - Ordnung bilden ohne Staat und auf Grundlage von Herrschaftsfreiheit und Partizipation der Arbeiterinnen und Arbeiter an der Gesamtorganisation in allen Fragen, die sie betrafen.

3. Aktionen während der Märzrevolution 1920

Als sich während der Revolution 1918 in etlichen Städten Arbeiter- und Soldatenräte bildeten, stellte sich schnell heraus, dass viele Räte der SPD nahe standen und das vorderste Ziel war, eine parlamentarische Ordnung zu installieren, anstatt die Ökonomie im basissozialistischen Sinne oder im Sinne eines Rätessystems - das den ArbeiterInnen

mehr Partizipationschancen einräumen kann - umzugestalten. Die bürgerlichen Gewerkschaften hatten ebenso wie die SPD keinerlei Interesse an einem Rätssystem (Klan/Nelles 60). Umgestaltung der Politik in Richtung auf einen Parlamentarismus, nicht aber Demokratisierung der Betriebe, so lautete die Devise. In den Gewerkschaften trat eine Minderheit gegen diesen Missgriff auf, welche der Gewerkschaftsführung vorhielt, auf systemverändernde Maßnahmen zu verzichten. Insbesondere bei Bergarbeitern kam es zu massenhaften Austritten aus den zentralistischen Gewerkschaften und zur Hinwendung zu syndikalistischen Organisationsformen (Klan/Nelles 60 f.). So beispielsweise in der Hamborner Bergarbeiterbewegung 1918/19. Dabei trennten sich die Belegschaften von ihrer gewerkschaftlichen Führung und traten geschlossen der syndikalistischen »Freien Vereinigung« bei. Sie wählten in jedem Schacht Delegierte, die ihre Interessen vertreten sollten und beschlossen in Vollversammlungen darüber, ob Entscheidungen der Vertreter revidiert werden (Klan/Nelles 63). Der Übertritt in syndikalistische Organisationen war jedoch nicht auf Bergarbeiter beschränkt.

Beim Gründungskongress der FAUD (S) 1919 waren laut laut Geschäftskommission 109 Delegierte anwesend, die 111.675 Mitglieder vertraten. Laut Klan/Nelles, die den rheinischen Anarchosyndikalismus untersuchten, vereinigte die FAUD(S) in Hamborn zu diesem Zeitpunkt über 9500 Mitglieder (Bergarbeiter, Bau- und Metallarbeiter), in Düsseldorf 15.800 Mitglieder (Bauarbeiter, Kommunal-, Verkehrs-, Metallarbeiter u.a.), in Duisbürg über 13.000 Mitglieder (Bergarbeiter u.v.a.) und z.B. in Mühlheim/Ruhr immerhin noch 8000 Mitglieder, darunter Metallarbeiter, Verkehrsarbeiter, Bergarbeiter, Gerber und Bauarbeiter (Klan/Nelles 73).

Als am 13. März Teile des Militärs gegen die Koalitionsregierung (SPD, Zentrum, DDP) in Berlin putschten, reagierten die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften mit einem Generalstreik, der am 15. März begann. Es kam zu massiven Kämpfen zwischen ArbeiterInnen und Freikorps (Klan/Nelles 75), zuletzt gelang es, das verhasste Militär mit Hilfe einer selbstorganisierten »Roten Armee« aus dem gesamten Ruhrgebiet zu vertreiben. Die Putschisten kapitulierten am 17. März. Der Aufforderung der Berliner Regierung, den Generalstreik nun abzubrechen, kamen die Streikenden jedoch nicht nach, weil die Regierung diese Aufforderung nicht mit wirtschaftlichen oder politischen Zugeständnissen verband. Daraufhin ging die Reichswehr - diesmal im Einverständnis mit der Regierung - gegen die Aufständischen vor und marschierte ins Ruhrgebiet ein, teilweise mit Truppen, die vormals zu den Putschisten gehörten (Klan/Nelles 76). Die Revolution im März 1920 brach zusammen. Dass die Interessen zahlreicher Kämpfenden den Kampf gegen die Putschisten überstiegen und linksrevolutionär waren (indem sie eine radikale Änderung der Betriebsorganisation anstrebten) lässt sich beispielhaft am Mühlheimer »Vollzugsausschuss« zeigen, der überwiegend aus Syndikalisten und Kommunisten bestand. In seiner ersten Erklärung am 24. März forderte er die Wahl »revolutionärer Betriebsräte«, welche die »Sozialisierung der Betriebe« (Aneignung der Betriebe durch die Arbeiterschaft) zu organisieren hätten als »Keimzellen zukünftiger Gestaltung«. Aus den Betrieben heraus sollten »Kommunalvollzugsräte« gebildet werden, um den »reaktionären Beamtenapparat zu reorganisieren« (Klan/Nelles 77; zit. E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, Frankfurt 1974, S. 48). Es wurden Kommissionen für die städtischen Betriebe, für das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen u.a. eingerichtet. Als der Direktor der städtischen Betriebe den neuen Betriebsrat nicht anerkannte, wurde er augenblicklich abgesetzt, der Betrieb wurde von den ArbeiterInnen kollektiv weitergeführt (Klan/Nelles 77). Bei Thyssen erledigten die Betriebsräte die Betriebsorganisation dermaßen erfolgreich, dass ein Mitglied der Familie Thyssen mutmaßte, der Aufstand müsse von langer Hand gründlich vorbereitet sein (Klan/Nelles 78). Laut Klan/Nelles entsprach die Praxis des Mühlheimer Vollzugsrates »anarchosyndikalistischen Grundsätzen und entsprach den Kollektivierungen spanischer Anarchosyndikalisten während der Revolution 1936/37. Auch dort gingen die ArbeiterInnen unmittelbar nach dem Militärputsch daran, die Produktion zu kollektivieren unter Ausschaltung einer staatlichen Instanz« (Klan/Nelles 78).

4. Ein Beispiel konkreter Aktion:

Die Unterstützung von Erwerbslosen

Ein konkretes Beispiel für die Denkweise innerhalb des historischen Anarchosyndikalismus war die Unterstützung von Erwerbslosen während ihres Kampfes um Lohn und Brot. Im April 1923 kam es im Zuge der Inflation (die der Ruhrgebietsbesetzung durch Frankreich folgte) zu Hungerrevolten. In Mühlheim/Ruhr gab es bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Erwerbslosen, die von der Stadt als »Notstandsarbeiter« eingesetzt wurden, und der Polizei. Um eine Lohnerhöhung zu erreichen zogen die Erwerbslosen vor das Rathaus, in dem sich die Beamten verbarrikadiert hatten. Da die Stadtverwaltung sich querstellte, wurde das Rathaus und anschließend ein Waffenladen gestürmt. Der Aufstand wurde nach 2 Tagen niedergeschlagen. Um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken, beschloss die FAUD, einen 24-stündigen Generalstreik auszurufen und verlangte die sofortige Freilassung der Verhafteten sowie Zahlung der Lohnforderung. Es folgten massive Repressalien der Polizei und der Bürgerwehr, das Büro der FAUD wurde zerstört, viele Mitglieder der FAUD mussten aus der Stadt fliehen, um einer Verhaftung zu entgehen. Zum Generalstreik kam es nicht. Die FAUD wurde auch deshalb angegriffen, weil sie sich dem Nationalismus entzog, der allenthalben herrschte und gegen den sie sich wandte. Der Kampf der Arbeiterklasse solle sich nicht gegen andere Nationen richten, sondern gegen Kapitalismus und Militarismus. Damit »zogen sich die Anarcho-Syndikalisten nicht nur den Zorn der nationalistischen Kreise zu, sondern auch den der Arbeiterorganisationen« (Klan/Nelles 95)

5. Rückgang der FAUD

Da es FAU'lerInnen nicht nur um gewerkschaftliche Arbeit und den Kampf um Lohn und Arbeitsverhältnisse, sondern um die Utopie der Herrschaftsfreiheit geht, nannte sich die FAUD(S) ab 1922 FAUD (AS), also FAU-AnarchosyndikalistInnen. Als Mittel der Revolution diente die Propagierung des Generalstreiks, die Direkte Aktion und die Selbstorganisation der Arbeiterschaft. In Düsseldorf beispielsweise gelang es AnarchosyndikalistInnen, mit ihrer Forderung nach Generalstreik bei spontanen Erhebungen eine führende Rolle zu spielen, gleichzeitig war die FAUD jedoch nicht in der Lage, viele Mitglieder an die Organisation zu binden (Klan/Nelles 122). Der Rückgang der anarchosyndikalistischen Bewegung geht zurück auf den Druck der Zentralgewerkschaften, die FAUD-Mitglieder als Unorganisierte betrachteten und aus den Betrieben drängten (Klan/Nelles 122).

»Da von Entlassungen besonders radikale Arbeiter betroffen waren und in vielen Betrieben die FAUD sich nicht an Betriebsrätewahlen beteiligte (aufgrund ihrer Ablehnung von Stellvertretersystemen, Anm. A. Beira:), verlor sie in vielen Fällen ihren innerbetrieblichen Einfluss« (Klan/Nelles 122).

Im Ruhrgebiet hatte der FAUD unter anderem der Ruhrkampf zugesetzt, zuletzt unterlagen sie dem Druck von allen Seiten, der Kommunisten und Nationalisten wie auch der staatlichen Sanktion (vgl. Klan/Nelles 123). Dies alles führte zu Mitgliederrückgang. Klan/Nelles ziehen folgendes Resümee:

»...das Engagement in der Organisation war für viele Mitglieder verbunden mit der Hoffnung auf eine baldige revolutionäre Umgestaltung. Als in den folgenden Jahren diese Hoffnungen enttäuscht wurden, war ein Großteil der Mitglieder nicht mehr bereit, die Entbehrungen materieller Art auf sich zu nehmen und zog sich resigniert aus dem politischen Leben zurück« (Klan/Nelles 124).

6. Betriebsräte als Sprungbrett zur Revolution?

Insofern radikale und nicht innerhalb der betrieblichen Betriebsratsstrukturen verankerte Kräfte am schnellsten aus Betrieben entlassen wurden und die FAUD als revolutionäre Organisation weiterhin jegliche Beteiligung an Betriebsratswahlen ablehnte

(diese wurden als reformistisch angesehen), sahen viele Mitglieder in der FAUD wenig Chancen, innerhalb einer überschaubaren Zeitspanne konkrete Besserungen der Lebensverhältnisse durchzusetzen und zogen sich zurück.

Nun hatte zwar die Revolution von 1918 eine öffentliche Aufwertung der Idee der Arbeiterräte erbracht, wodurch die Betriebsräte schließlich gesetzlich anerkannt wurden, Funktionen übernahmen, welche die Rechte von UnternehmerInnen beschnitten und ArbeiterInnen ein begrenztes Mitbestimmungsrecht erhielten (vgl. Souchy 12). Der Kapitalismus als solcher blieb jedoch unangetastet. Diese Verharmlosung der Räteidee bzw. die Orientierung an sozialer Reform statt an Revolution wurde von Augustin Souchy deshalb nicht zu Unrecht als »Knochen« bezeichnet, »der von der herrschenden Klasse den Arbeitern hingeworfen wurde, um sie (zu) beruhigen« (Souchy 12). Aus seiner Sicht habe eine »fünfzigjährige Erfahrung ... das revolutionäre Proletariat gelehrt, dass die soziale Gesetzgebung den Weg zur sozialen Befreiung nicht ebnet, sondern ihn verbaut«. »Das Proletariat« werde »in die Illusion gewiegt, dass es vom Staate etwas erwarten dürfe« (Souchy 12). Ähnlich verhält es sich dann auch mit der Installation von Betriebsräten und innerbetrieblicher Mitbestimmung, als könnten die ArbeiterInnen von den KapitalistInnen eine Durchsetzung ihrer Interessen erwarten. Souchy verglich solche Tendenzen mit dem irrationalen Glauben an übernatürliche Kräfte.

Die FAUD als politische Organisation hatte die Beteiligung an Betriebsräten bzw. die Unterstützung von Betriebsratswahlen abgelehnt. Dennoch hatte sie es jedem Mitglied selbst überlassen, sich als einzelne Person daran zu beteiligen (vgl. Souchy 12). Dies war wohl unter anderem auch eine folgerichtige Reaktion auf die Entlassungen radikaler Kräfte aus den Betrieben. Diese zweiseitige Position wird bis heute in der FAU beibehalten.

Dass die FAUD als radikale Gewerkschaft die Unterstützung von Betriebsratswahlen ablehnt, geht unter anderem auf folgende Annahmen zurück (vgl. Souchy 12 f.)

- Betriebsräte gelten als Werkzeuge des Unternehmertums, die nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse vertreten (statt rascher Abschaffung des Unternehmertums verschiebt sich die Handlungsperspektive auf eine ungewisse Zukunft - die Idee einer 'allmählichen Reform').
- Betriebsräte könnten Bestechungsversuchen des Unternehmertums eher nachgeben als Teile einer Belegschaft, weil es sich bei Betriebsräten um Einzelpersonen handelt.
- Betriebsräte werden gesetzlich anerkannte Funktionäre ('Autoritäten') und damit Teil der herrschenden Systems

Der Syndikalist A. Souchy verwirft den Gedanken an Betriebsräte dennoch nicht. Er schlägt »revolutionäre Betriebsräte« im Sinne von »Vertrauensleuten« (der syndikalistischen Gewerkschaft) vor, die unabhängig von den bürgerlichen Gesetzen die Revolution bzw. die Übernahme der Produktion durch die Belegschaften zugunsten einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit vorbereiten (Souchy 13). Beispielsweise indem sich aus lokalen Betriebsräten/Vertrauensleuten überlokale Vernetzungen entwickeln, die basisbestimmt und nicht zentralistisch fixiert sind und nach der Revolution eine basisorganisierte »Verwaltung« vorantreiben. Zu den Aufgaben dieser »Verwaltung« gehört die Beschaffung der Rohmaterialien für die Produktion, die Aufrechterhaltung der Verkehrsmittel und die Beförderung und Verteilung der produzierten Güter an die Individuen (Souchy 15).

7. Mit der Geschichte in die Zukunft? Anarchosyndikalistische Perspektiven in der Globalisierung

Womöglich kann Augustin Souchys Antwort zur Betriebsratsfrage - die aus dem Jahre 1924 stammt - ein interessantes Schlaglicht auf die anarchosyndikalistische Handlungsperspektive in der Zeit der kapitalistischen Globalisierung werfen. Es sind nicht die offiziellen Strukturen des Betriebsratssystems, die den Kapitalismus in Frage stellen und seine Handlungsmacht einschränken. Solche Strukturen gehören zum kalkulierbaren

innerbetrieblichen Reformsortiment, das den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung keinen kapitalismuskritischen Ansatz entgegenstellt. Dies war der historische Preis für gesetzliche Anerkennung.

Großfirmen und Konzerne sind heute in internationalen Maßstäben organisiert, wobei die Belegschaften verschiedenster Weltzonen vom Management jederzeit gegeneinander abgewogen und ausgespielt werden können. Um Handlungsmacht zurückzugewinnen und sich nicht ausspielen zu lassen - umso mehr um eine anarchosozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen - müssten die Belegschaften international kommunizieren, Wissen um die "anderen" erwerben, sich solidarisieren und gemeinsam vorgehen. Diese Dynamik entsteht nicht mit zentralistisch organisierten Großgewerkschaften und über Stellvertretersysteme, die der Vielzahl der verschiedensten Betroffenen nicht gerecht werden können, sondern durch direkte Kommunikation der Betroffenen selbst (falls möglich²: Mailkontakt, Telefonkontakt, eine gemeinsame Homepage gründen, Hinreisen u.a.) sowie politische Selbstorganisation durch interne Netzwerke, die Betriebsräte umgehen (die oft genug das Einverständnis mit der Geschäftsführung suchen), über den 'eigenen Tellerrand' hinausschauen und schließlich unberechenbare Überraschungsmomente in den politisch-ökonomischen Widerstand einbringen. Eine solche internationale Vernetzung verschiedenster lokaler Belegschaften außerhalb der gängigen Strukturen ist von 'Oben' schwer zu kontrollieren und kann intensive Dynamiken freisetzen.

Wie zur Zeit des Sozialistengesetzes (s.o. Kap. 1) sind auch in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung autonome Formen der Kooperation 'von Unten' gefragt. Hierzu ist die anarchosyndikalistische Organisationsform besser geeignet als zentralistische und hierarchisch gegliederte Großgewerkschaften mit ihren reformistischen Ansätzen und ihrem schwerfälligen und bezahlten Funktionärsapparat.

Literatur:

Hartmut Rübner, Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands - Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, in: Jochen Schmück (Hrsg.), Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte, Band 5, Berlin/Köln 1994

Ulrich Klan, Dieter Nelles, Es lebt noch eine Flamme. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1986

Augustin Souchy, Betriebsräte und Syndikalismus (1924), in: FAU Bremen (Hrsg.), Syndikalismus. Geschichte und Perspektiven, Ergänzungsband 5, Bremen/Hamburg 2006, S. 11-18

² Bei Belegschaften, die Niedriglohn erhalten und in weit entfernten Weltteilen liegen, wird Reisen u.ä. kaum möglich sein. Die finanziell bessergestellten Belegschaften müssten also solidarisch unterstützen, Geld sammeln, Techniken bereitstellen, d.i. egozentrische Sichtweisen verlassen. Dass die gemeinsamen Interessen aber neue Verhaltensweisen nahe legen, zeigt ein Streik bei Gate Gourmet. Vgl. a. Flying Pickets (Hrsg.), Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet, Berlin/Hamburg 2007, S. 26 u.